

„Wir vergessen nie“

Bosnische Flüchtlinge in Deutschland fürchten sich vor ihrer Rückkehr in die Heimat



wen retteten, möchten die ungebetenen Gäste nach dem Vertragsschluß von Dayton so schnell wie möglich loswerden. Allen voran die Bundesrepublik, die mit 400 000 Menschen weltweit die meisten Flüchtlinge aus Bosnien, Kroatien und Restjugoslawien vorübergehend aufgenommen hat.

Michael Glos, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag, fordert bereits deren „zügige Rückführung“, obwohl der bundesweite, von Bonn und den Län-

Flüchtling Kolundžić, Freundin Dragana: „Ich bin fertig mit diesem Land“

Bis zu den Knien steht Ivo Slavica, 37, im wäßrigen Schlamm des Schützengrabens von Orašje, einem kleinen bosnischen Ort an der Grenze zu Kroatien. Das Gewehr, mit dem er seit dreieinhalb Jahren das Haus seiner Familie verteidigt, hat er locker um den Arm gehängt. Geschossen wird nicht mehr.

Bald wird Ivos Frau Vencetić, 33, die mit den Kindern Josipa, 10, und Josip, 4, wegen des Krieges vor drei Jahren nach Berlin floh, dorthin zurückkehren können. Selbst wenn es wenig verlockend scheint, sich in dem von Granaten und Bomben zerstörten Ort erneut niederzulassen, haben Vencetić und die

Kinder wenigstens eine Perspektive – im Gegensatz zu Hunderttausenden anderer Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Wer in diesem Krieg nicht sein Haus, das Dorf, die Stadt verteidigt hat, wer sich ins Ausland rettete, der gilt heute in der alten Heimat als Verräter, der sei ein Feigling. Vor allem bosnische Männer sind unerwünscht. „Wer nicht da war im Krieg“, sagen Ivo und seine Kameraden, „der hat sein Recht auf ein Leben im Frieden hier verwirkt. Der soll bleiben, wo er ist.“

Doch niemand will die Flüchtlinge haben. Auch die westeuropäischen Länder, in die sich rund 800 000 Ex-Jugosla-

den beschlossene Abschiebestopp noch bis März 1996 gilt. „Die entwurzelten Bürgerkriegsflüchtlinge sollten in ihre heimatnahe Umgebung zurückkehren“, meint auch Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU): Die Menschen würden in ihrer Heimat für den Wiederaufbau dringend gebraucht.

Viele Experten der in Bosnien tätigen Hilfsorganisationen sehen das zwar ähnlich. Aber sie warnen davor, die Flüchtlinge, vor allem Frauen und Kinder, heimzuschicken, solange es im Land noch am Nötigsten fehlt – von Wohnungen bis zu Strom und Wasser.

Das Mitgefühl für die Kriegsflüchtlinge droht derweil freilich umzuschlagen. „Wenn Rühe und Konsorten noch dreimal sagen, daß sofort alle zurückmüssen, brennt Heiligabend das erste bosnische Flüchtlingsheim, weil die Bewohner noch immer nicht zu Hause sind in ihrem angeblich so schönen Land“, empören sich Sozialarbeiter wie Ulrich Zuper, Leiter der Flüchtlingshilfe der Hamburger Arbeiterwohlfahrt.

Aus schutzwürdigen Opfern werden vermeintliche Schmarotzer, die womöglich länger bleiben könnten als unbedingt notwendig. Dabei arbeitet ein Großteil der Flüchtlinge, sofern sie dürfen, in Jobs, die Deutsche nicht haben wollen oder nicht erledigen können.

Amira Kabil, 26, Dolmetscherin aus Tuzla, lebt seit über drei Jahren in Hamburg und arbeitet bei der Arbeiterwohlfahrt.

Ab April 1996

verlieren die Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien ihr Aufenthaltsrecht in Deutschland. Das haben die Innenminister am vergangenen Freitag bei ihrer Konferenz in Erfurt beschlossen. „Wir sehen die Bürgerkriegssituation in Bosnien-Herzegowina mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages als beendet an“, begründeten die IMK-Teilnehmer ihre Entscheidung, den Abschiebestopp nicht weiter zu verlängern. Über die Details der „gestaffelten Rückführung“ – etwa welche Personengruppen aus

welchen Regionen zuerst gehen müssen – wollen die Minister am 26. Januar in Bonn verhandeln.

Die Bundesrepublik ist das erste Land, das den Status der Duldung für Kriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien aufheben will. „Wir sind nicht glücklich über diesen Alleingang“, kritisierte Stefan Telöken vom Uno-Flüchtlingskommissariat in Bonn den Beschluß: „Die Rückkehr sollte koordiniert mit allen Aufnahmeländern stattfinden.“ Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl und die Gesellschaft für bedrohte Völker haben gegen die Entscheidung der Innenminister protestiert.